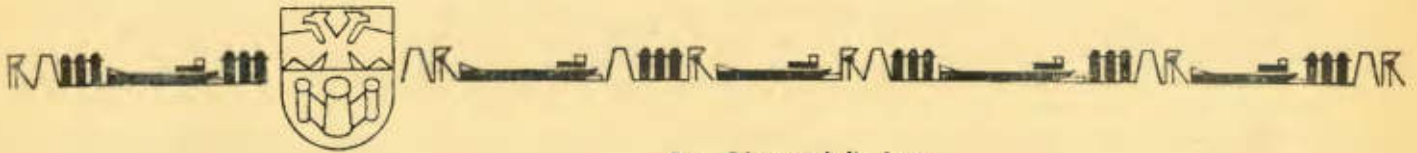


# STADT DUISBURG



Der Oberstadtdirektor

Bauordnungsamt

Gesch.-Z. 63 Th

Bauschein-Nr. **- 871 / 62**

Duisburg, den **22. März 1962**

Grundstück: **Hebbelstr. 1**

Es wird hiermit die

Gemarkung: **Duisburg, Flur 338, Flur-**

**stück 144, 143, Eigentümer: Stadt**

**Duisburg**

Bauantrag vom: **30. 6. 1961**

## Genehmigung zum Bau

nach den beiliegenden Bauvorlagen und den darin eingetragenen Prüfungsvermerken sowie unter den nachstehenden Bedingungen erteilt.

Bezeichnung der Bauarbeiten:

**Neubau einer Turnhalle**

Im Auftrag

**Thordsen**  
**Bezirksleiter**

Anlagen, insgesamt: **6**

Zeichnungen: **1**

Lagepläne: **1**

Stat. Berechnung:

Beschreibung: **1**

Bescheinigung: **1**

Merkblatt: **1**

Dispensbeschluß:

**Einbauvorschriften: 1**

Gegen Zustellungsurkunde

**Stadtamt 65-1**

DUISBURG

Str., Nr.

**BAUBEGINN OHNE GEPRÜFTE STATIK VERBOTEN.**  
**DER BAUSCHEIN MIT GEPRÜFTER STATIK UND ANLAGEN**  
**IST AUF DER BAUSTELLE JEDERZEIT ZUR EINSICHT**  
**BEREITZUHALTEN.**  
**KEIN VERPUTZ OHNE ROHBAUABNAHME.**

Der Bauschein verliert seine Gültigkeit, wenn innerhalb Jahresfrist nach Aushändigung mit dem Bau nicht begonnen wurde oder der begonnene Bau ein Jahr lang stillgelegen hat.

Die auf Seite 2 rot umrandete Bedingung ist besonders zu beachten.

## Allgemeine Bedingungen oder Auflagen.

Die Bestimmungen der Bauordnung des Verbandspräsidenten für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk vom 24. 12. 1938, in der Fassung vom 29. 10. 1957 sowie die Bestimmungen sämtlicher damit in Zusammenhang stehender Ortssatzungen und Verordnungen für die Stadt Duisburg sind bei der Ausführung des Baues genau zu befolgen.

Jede Abweichung von der Bauerlaubnis und deren Unterlagen, Bauzeichnungen, Baubedingungen, Baubeschreibungen und Berechnungen ist verboten und hat gegebenenfalls die Baustillegung zur Folge.

Gebäude oder Gebäudeteile, die zum Aufenthalt von Menschen, zu gewerblichen Zwecken oder als Versammlungsräume dienen, ebenso Abortanlagen, Schornsteine und Brunnen, dürfen erst dann in Gebrauch genommen werden, wenn das Bauordnungsamt den Schlußabnahmeschein erteilt hat.

Die Baugenehmigung wird unbeschadet der Rechte Dritter erteilt.

Der Bauherr und der Planverfasser übernehmen durch Unterschriften gegenüber der Baugenehmigungsbehörde die Verantwortung für die ordnungsmäßige Ausführung des Baues nach den dem Bauantrage beigefügten Plänen und sonstigen Unterlagen.

Die daneben bestehende gesetzliche Verantwortung des Bauleiters und der Bauausführenden (Unternehmer), insbesondere auch für die taugliche Beschaffenheit und die Tragfähigkeit der Baustoffe und Gerüste, wird hiervon nicht berührt. (Vgl. § 367 StGB.)

Das Bauvorhaben ~~erhält~~ ~~hat~~ ~~verfügt die Komm.~~ gehört — zur Nr. 1 in der Hebbel- Straße in Duisburg-Neudorf

1. Rechtzeitige schriftliche Anzeige ist dem Bauordnungsamt zu machen:

- a) von dem Tage, an dem mit den Bauarbeiten einschl. der Erdarbeiten begonnen werden soll,
- b) von der Vollendung des Rohbaues,
- c) zur Gebrauchsabnahme. Die Benutzung ist erst nach der Gebrauchsabnahme zulässig.

2. Die Angaben über die Bürgersteighöhe und die Bauflucht- bzw. Baulinie sind beim Vermessungsamt zu beantragen.

3. Sobald bei Bauten an der Straße der Sockel gesetzt ist, ist die Überprüfung der Bauflucht- bzw. Baulinie schriftlich beim Bauordnungsamt zu beantragen.

4. Mit dem Antrage auf Rohbauabnahme und mit dem Antrage auf Gebrauchsabnahme ist eine Erklärung des Bezirksschornsteinfegermeisters über die vorschriftsmäßige Anlage der Schornsteine vorzulegen.

5. D.        Baugrundstück        ist — sind — noch aufzuteilen. Ein Auszug aus dem Veränderungsnachweis ist vorzulegen.

6. Dem Bauordnungsamt ist Anzeige zu machen:

- a) Von dem Termin, zu dem mit den Betonarbeiten begonnen werden soll, bei Hochbauten für jedes einzelne Geschöß und bei allen Holz- und Stahlkonstruktionen, die eines statischen Nachweises bedürfen,
- b) von dem Termin, zu dem die Schalungen und Stützen entfernt werden sollen,
- c) vom Wiederbeginn der Betonarbeiten nach Frostzeiten und sonstigen Unterbrechungen.

7. Für die Berechnung und Ausführung von Holz- und Stahlkonstruktionen, Beton- und Stahlbetonbauteilen sind die Bestimmungen über die bei Hochbauten anzunehmenden Belastungen und Beanspruchungen bzw. die neuesten Bestimmungen für Ausführung von Bauwerken aus Holz, Stahl, Beton und Stahlbeton zugrunde zu legen. Die Berechnungen sind vom Bauherrn, dem Verfasser und dem Ausführenden verantwortlich zu unterzeichnen.

8. Mit der Ausführung von Bauteilen, für die eine statische Berechnung erforderlich ist, darf begonnen werden, wenn die einzureichenden statischen Berechnungen geprüft und mit dem Prüfungsvermerk versehen sind.

9. Die Prüfungsbemerkungen in den Zeichnungen und statischen Berechnungen sind genau zu beachten.

10. Für die Berechnung und Ausführung der Mauerstärken gelten die Bestimmungen der DIN 1053 vom Dezember 1952 und der DIN 4106 vom 20. 7. 1953. Auf Absatz 2,1 (S. 2) der DIN 1053 sowie deren Ergänzung auf Grund der Neuauflage von DIN 105 und 106 wird besonders hingewiesen.

11. Die Bestimmungen der DIN 4102, Blatt 1, 2 und 3 (Widerstandsfähigkeit von Baustoffen und Bauteilen gegen Feuer und Wärme), sind genauestens einzuhalten bzw. anzuwenden. Die Absätze V a—g und VI sind besonders zu beachten.

12. Geschweißte tragende Stahlbauteile dürfen erst dann eingebaut werden, wenn der Baugenehmigungsbehörde gegenüber der Eignungsnachweis erbracht ist. Der Nachweis der Eignung zur Herstellung geschweißter Stahlhochbauten nach DIN 4100 — Großer Nachweis und Kleiner Nachweis — darf nicht älter als 3 Jahre sein.

13. Der Bürgersteig ist vorschriftsmäßig nach den vorher beim Straßenbauamt einzuholenden Angaben über Breite, Höhe und Art der Befestigung gemäß den Bestimmungen der hierfür erlassenen ordnungsbehördlichen Verordnung anzulegen.

14. Die Einfahrt zum Grundstück ist im Bereich des Straßenlandes nach den Angaben des Straßenbauamtes über Breite, Höhe und Befestigungsmaterial anzulegen und zu befestigen.

15. Kragplatten dürfen nur so weit über die Fluchtlinie ragen, daß ihre Vorderkanten mindestens 0,65 m vom Gehwegrand zurückbleiben. Die Unterkanten der Kragplatten müssen mindestens 3,00 m über der Gehwegoberkante liegen. Für Kragplatten, die mehr als 0,30 m in den Luftraum des Straßenlandes hineinragen, ist vor Beginn der Ausführung mit dem Straßenbauamt ein Gestattungsvertrag abzuschließen. Evtl. vorliegende Neuplanungen des Straßenbauamtes über Bordsteinführung usw. müssen beachtet werden.

16. Für alle Arten von Kellerschächten, die mit der äußersten Kante mehr als 0,45 m, höchstens jedoch 0,65 m, vor die Fluchtlinie ragen, ist mit dem Straßenbauamt ein Gestattungsvertrag abzuschließen.

17. Für die Neuanlage oder Änderung der Entwässerungsanlagen ist die Genehmigung unter Vorlage besonderer Entwässerungszeichnungen beim Stadtreinigungsamt im Stadthaus Duisburg zu beantragen. Ohne Genehmigung dürfen keine Entwässerungsanlagen oder Änderungen ausgeführt werden. Haus- und Regenwasser dürfen nicht auf die Straße geleitet werden.

18. Für die Errichtung von Vorgarten- und Grenzeinfriedigungen ist eine besondere Genehmigung unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen vor Beginn der Arbeiten zu beantragen.

19. Vor der Baustelle sind der Bürgersteig sowie ein ausreichender Teil des Straßenkörpers unfallsicher abzusperren. Wird ein Bauzaun aufgestellt, so ist die Genehmigung hierfür vorher beim Bauordnungsamt zu beantragen.

20. An der Baustelle muß gemäß § 4 des Gesetzes über die Sicherung von Bauforderungen vom 1. 6. 1909 ein Bauschild angebracht werden, das den Namen, Stand und Wohnort des Bauherrn und der einzelnen Unternehmer trägt.

21. Die Regeln über Schutzmaßnahmen bei Ausführung von Gebäuden und über die Arbeiterfürsorge gem. § 33 der Bauordnung vom 24. 12. 1938, in der Fassung vom 29. 10. 1957, sind genau zu beachten. Ferner die Unfallverhütungsvorschriften der Bauberufsgenossenschaft sowie Unfallverhütungsvorschriften der Eisen und Stahlberufsgenossenschaft für die Montage von Stahlbauten vom 1. 4. 1934.

22. Die Richtlinien für den Bau und die Einrichtung von zentralen Heizräumen und ihren Brennstofflagerräumen (Heizraumrichtlinien) Erlaß des Ministers für Wiederaufbau vom 10. 12. 1958 — II A 3 — 2070 Nr. 2077/58 MBl. 140 vom 19. 12. 1958 sowie die Einführung vorläufiger Richtlinien und des Normblattes DIN 6608 — Geschweißte Behälter aus Stahl — Erl. d. Ministers für Wiederaufbau und des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 23. April 1959 — II A 3 — 20520 Nr. 1400/59 MBl. Nr. 57 vom 1. 6. 1959 sind zu beachten. Ferner sind zu beachten die Richtlinien für Ölheizungsanlagen RdErl. des Ministers für Wiederaufbau vom 19. 1. 1960 II A 2/3 — 7011 Nr. 130/60 und des RdErl. des Ministers für Wiederaufbau vom 18. 5. 1960 II A 2 — 7011 Nr. 1462/60 und die Verordnung über den Einbau, die Aufstellung und den Betrieb von Behälteranlagen für Heizöl (Heizölbehälter-Verordnung) vom 23. März 1961 Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 13.

23. Bei der Aufstellung von Ölfen für Einzelheizung ist der RdErl. des Ministers für Wiederaufbau vom 20. 1. 1960 II A 2 — 7033 Nr. 140/60 zu beachten.

24. Gasfeuerstätten dürfen nur nach den vom Minister für Wiederaufbau herausgegebenen bauaufsichtlichen Richtlinien für die Aufstellung von Niederdruckgasanlagen in Gebäuden und Grundstücken vom 16. 9. 1952 (Ministerialblatt NW vom 13. 10. 1952) weiterhin nach der mit RdErl. des Ministers für Wiederaufbau vom 10. 12. 1958 — II A 3 — 2070/58 getroffenen Änderung der Ziffer 6,6 des Erl. vom 16. 9. 1952 und nach dem RdErl. des Ministers für Wiederaufbau vom 29. 10. und vom 30. 10. 1959, veröffentlicht im Ministerialblatt Ausgabe B Nr. 117 vom 12. November 1959, eingebaut werden. Ferner ist der RdErl. des Ministers für Wiederaufbau vom 28. 7. 1960 II A 3 b — 2071 Nr. 2240/60 über Aufstellung von Gasfeuerstätten für Schornsteinanschluß in Räumen ohne Außenfenster mit Lüftung nach DIN 18 017 zu beachten.

**Besonders zu beachten sind Abschnitt 7 (Betriebsvorschriften) und Abschnitt 8 (Prüfung und Überwachung) im oben angeführten RdErl. vom 30. 10. 1959.**

25. Für die Anlage innenliegender Abort- und Baderäume sind die Vorschriften der DIN 18 017 Blatt I nach dem RdErl. des Ministers für Wiederaufbau vom 27. 7. 1960 II A 2 — 2072 Nr. 2202/60 zu beachten.

26. Bei Anlage der Schornsteine und Anschluß von Feuerstätten sind die Bestimmungen der §§ 18—20 der Bauordnung des Verbandspräsidenten für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk vom 24. Dezember 1938, in der Fassung vom 29. Oktober 1957, besonders zu beachten.

27. Bei Schornsteinen aus Formstücken sind für die Einführung aller Rauch- und Abgasrohre nur die fabrikmäßig hergestellten Öffnungen zu benutzen. Weitere Öffnungen dürfen nicht angelegt werden.

28. Neue Schornsteine, die an altes Mauerwerk angebaut werden, müssen allseitig neue Wangen erhalten.

29. Die Auflagerung von Massivdecken auf Schornsteinwangen ist unzulässig.

30. Wohnungstrennwände und Treppenhauswände müssen einen ausreichenden Schutz gegen Übertragung von Luftschall, Wohnungstrenndecken einen ausreichenden Schutz gegen Übertragung von Luft- und Trittschall erhalten. Die Ausführung der Wände und Decken muß mindestens entweder denjenigen Bauarten in DIN 4109 Beiblatt (Ausgabe März 1952) entsprechen oder so beschaffen sein, daß sie bei einer Prüfung den Bedingungen des Abschnittes 3 in DIN 52211 (Ausgabe September 1953) entspricht (s. RdErl. des Ministers für Wiederaufbau vom 23. Dezember 1954, Min.-Bl. Nr. 13, ergänzt durch RdErl. Min. für Wiederaufbau vom 10. 12. 1957, vom 23. 10. 1959 und vom 30. 11. 1960). Hierbei ist auch darauf zu achten, daß haustechnische Einrichtungen aller Art, wie Geräte und Rohrleitungen für Heizung, Lüftung, Fernsprecher, Be- und Entwässerungsanlagen so ausgebildet, befestigt und die Rohrleitungen auch so geführt werden, daß unvermeidbare Leitungsgeräusche auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben. Die Richtlinien des Wärmeschutzes nach DIN 4108 (Ausgabe Mai 1960), durch RdErl. des Ministers für Wiederaufbau vom 23. 3. 1961 bauaufsichtlich eingeführt, sind zu beachten.

31. Die DIN-Wohnungsbaunormen des Bundesministers für Wohnungsbau sind zu berücksichtigen.

32. Für die Anlage von Garagen sind die Bestimmungen der Verordnung über Garagen und Einstellplätze vom 17. 2. 1939 in der Fassung des Erlasses vom 13. 9. 1944 maßgebend. Außer den vorgeschriebenen Warnungsschildern ist in jeder Garage eine Aufschrift folgenden Wortlauts anzubringen:

„Garage zugelassen für Kraftwagen mit Antrieb durch .....“.

33. Für die Anbringung von Werbezeichen, Reklameschriften und dergleichen ist eine besondere Genehmigung unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen vor der Ausführung einzuholen.

34. Falls bei der Verwendung oder dem Abbruch von Holz festgestellt wird, daß es vom Hausbock befallen ist, sind alle Holzteile und Holzreste unverzüglich und restlos zu verbrennen. Außerdem ist dem Bauordnungsamt Mitteilung zu machen.

35. Zur Anlegung von Gruben zur Gewinnung von Sand oder Kies auf der Baustelle ist die Anmeldung beim Straßenbauamt erforderlich.

36. Bei Antennen- und Gebäudeblitzschutzanlagen (DIN 18 015 Bl. 1) sind für die Antennenanlagen die Vorschriften des VDE 0855 sowie die Leitsätze für Gemeinschaftsantennenanlagen VDE 0865, bei Blitzschutzanlagen: „Leitsätze für Gebäudeblitzschutzanlagen mit technischen Grundsätzen“ des Ausschusses für Blitzableiterbau (AAB) zu beachten. Diese Anlagen sind anzeigepflichtig. Mit den erforderlichen Arbeiten an diesen Anlagen darf erst begonnen werden, wenn die Baugenehmigungsbehörde innerhalb von 10 Tagen nach Eingang der Bauanzeige keinen Einspruch erhoben hat.

# Besondere Bedingungen oder Auflagen:

- 1.) Ausnahme von folgenden Bestimmungen der Bauordnung für das Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk vom 24. 12. 1938 in der Fassung vom 29. 10. 1957 ist genehmigt:  
a) § 6 Ziff. 8 - Der Baukörper tritt teilweise bis zu 10,00 m von der Fluchtlinie zurück.
- 2.) Die Bestimmungen der DIN 4108/09 (Wärme- und Schallschutz) sind einzuhalten.
- 3.) Die im Lageplan eingetragenen Kraftfahrzeugeinstellplätze (10 Stck.) sind bis zur Gebrauchsabnahme einzurichten und als solche kenntlich zu machen.
- 4.) Die Einfahrt ist im Bereich der Straße nach Angabe des Straßenbauamtes anzulegen und zu befestigen.
- 5.) Die beigelegten Einbau- und Betriebsvorschriften für Lagerbehälter aus Stahl zum Aufbewahren von flüssigen Brennstoffen und die Bestimmungen der Polizeiverordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten vom 18. 2. 1960 sind genauestens einzuhalten.
- 6.) Die Erlaubnis zur Lagerung von 6.000 l brennbarer Flüssigkeit der Gruppe A, Gefahrenklasse III, in einem oberirdischen Tank, ist in dieser Genehmigung einbegriffen.
- 7.) Für die Einrichtung bzw. Einlagerung des Brennstoffbehälters der Ölheizung sind der Erlaß des Ministers für Wiederaufbau vom 23. 4. 1959 und die Heizölbehälter-Verordnung vom 23. 3. 1961 zu beachten.
- 8.) Das Bauvorhaben liegt in der Schutzzone III b des Wasserschutzgebietes. Die Kellersohle des Öllageraumes ist als Wanne so auszubilden, daß beim Auslaufen des Öles die gesamte Lagermenge aufge-

Gegen diese Baugenehmigung ist innerhalb eines Monats der Widerspruch zulässig. Er kann schriftlich, und zwar möglichst in 2facher Ausfertigung, oder zur Niederschrift beim Bauordnungsamt der Stadt Duisburg erhoben werden. Die Frist hierfür beginnt mit dem auf die Zustellung der Genehmigung folgenden Tage.

## Gebührenbescheid

(gem. Gebührenordnung vom 8. 7. 1930 und Verwaltungsgebührenordnung vom 19. 5. 1934)

a) Grundgebühr	nach § 1 A Ziff. 3 u. § 5 Ziff. 3 (1/10)	20,00	DM
	nach § 1 A " 6 (Mindestg.)	10,00	DM
b) Zuschlaggebühr	Gebühr f. Statik später		DM
c) Sondergebühr	nach § 3 Ziff. 7	7,50	DM
			DM
			DM
Baugebühren zus. Konto-Nr.	377183/62	37,50	DM
dazu Dispensgebühr a) " "			DM
b) " "			DM

Die Baugebühren sind zur Hälfte und die Dispensgebühren ganz unter Vorlegung dieser Veranlagung oder Angabe der Konto-Nr. spätestens nach 14 Tagen an die Stadt. Steuerkasse zu zahlen. Die andere Hälfte der Baugebühren ist spätestens vor der Rohbauabnahme zu entrichten. Betragen die Baugebühren weniger als 25, —DM, so sind sie sofort ganz fällig. Fällige, aber nicht gezahlte Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

### Zahlstellen:

Steuerkasse 1, Duisburg, Leidenfroststraße, Postscheckkonto Essen 6618  
- Stadtparkasse - Hauptstelle - Konto 2701 -

Gegen die Festsetzung der Bau- und Dispensgebühr ist innerhalb eines Monats der Widerspruch beim Bauordnungsamt Duisburg zulässig. Die Frist hierfür beginnt mit dem auf die Zustellung des Gebührenbescheides folgenden Tage. Die Zahlungspflicht wird davon nicht berührt.

nommen werden kann. Bodeneinläufe sind nicht zulässig.

- 9.) Der Öllagerraum muß elektrisch beleuchtet, darf nicht zum Lagern anderer brennbarer Stoffe benutzt werden und ist ausreichend zu be- und entlüften.
- 10.) Der Zugang zum Ölbehälterraum ist mit einer selbstschließenden, feuerhemmenden Klappe nach der DIN 18082 zu schließen.
- 11.) Bei der Aufstellung des Heizölbehälters ist auf mindestens 2 Seiten ein Abstand von der Wand von 250 mm und vom Fußboden von mindestens 100 mm einzuhalten, um den Tank jederzeit auf seine Dichtigkeit beobachten zu können.
- 12.) Die Entlüftungsleitung von dem Ölvorratsbehälter muß einen Durchmesser von 38 mm haben, unabsperierbar sein und 2,5 m über Erdgleiche ins Freie ausmünden.  
Die Fülleitung muß außerhalb des Gebäudes liegen und verschließbar sein.
- 13.) Eine Vorrichtung zum Öffnen und Schließen der Heizraumfenster muß in handlicher Höhe angebracht und leicht zu betätigen sein. Die Zu- und Ablufteinrichtungen müssen den Bestimmungen der Richtlinien entsprechen.
- 14.) Im Heizraum ist gut sichtbar eine Anweisung für die Inbetriebnahme und die Stillsetzung der Ölbrenner sowie für die im Gefahrenfalle zu ergreifenden Maßnahmen auszuhängen.
- 15.) Die Zugänge vom Geräte- und vom Waschraum zum Heizraum sind mit selbstschließenden, feuerhemmenden Türen nach der DIN 18082 zu schließen.
- 16.) Am Zugang zum Heizraum ist ein amtlich zugelassener 6 kg Pulver-Handfeuerlöscher bereitzuhalten.
- 17.) Für das Abschalten der Gesamtanlage ist ein elektrischer Notschalter außerhalb des Heizraumes an leicht zugänglicher und nicht gefährdeter Stelle anzubringen.
- 18.) Im übrigen sind die Bestimmungen der Heizraumrichtlinien des Ministers für Wiederaufbau vom 10. 12. 1958 und 19. 1. 1960 nach der DIN 4755 zu beachten.
- 19.) In der Eingangshalle zur Turnhalle ist ein für die Brandklassen ABCE amtlich zugelassener 6 kg Pulver-Handfeuerlöscher anzubringen.
- 20.) An geeigneter Stelle ist hinzuweisen auf:

N o t r u f	der Feuerwehr	112
Rufnummer der Hauptfeuerwache		2 01 41
- 21.) Die Bestimmungen der DIN 4102 (Widerstandsfähigkeit von Baustoffen und Bauteilen gegen Feuer) sind genauestens einzuhalten bzw. anzuwenden.

230 000 -  
1. Baukosten der Konstr. \_\_\_\_\_ DM  
Zuschlag-Gebühren 194 - DM  
Richtig berechnet und richtig festgesetzt:

1/10 der normalen Gebühr

Statik beige f.

25. 7. 62

La berechnet am  
23. 8. 62

2. Zurückbehalten für die Baukontrolle

1. 5 Zeichnung (en)  
2. 1 statische Berechnung

3. Eine geprüfte Ausfertigung der stat. Berechnung ist  
an den Antragsteller zurückzusenden.

4. ~~Lieferungspläne sind noch  
vorzulegen.~~

20. 2. 62

La

↓  
Lieferungspläne liegen vor.  
Für eine Fertigung für die Abklem.

28. 9. 62

La